

Kaukasische Post

Erscheint 2-mal wöchentlich.

am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 15 Rbl. für 2 Monate. Anzeigen:
die 3-mal gebaltene Kleinzeile auf der ersten
Seite 1 Rbl., auf der 4. Seite — 70 Kop.Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle (vorüber-
gehend): Michael-Str. Nr. 89, im Magazin
von G. Frick (vormals G. Auffermann). Sprech-
stunden: 10—12 vorm. (zu fragen nach W. Bauer).

Nr. 29.

Tiflis, den 13. April 1919.

11. Jahrgang.

Am Karfreitag, d. 18. April, um 8 Uhr ab-
s., findet in der tifliser ev.-luth. Kirche ein

Kirchenkonzert

unter Leitung des Direktors des
Volkskonservatoriums A. Zinowsky

zum Besten des evang.-luth. Siechenhauses statt.

Preis der Billette von 3—15 Rbl.

Vorverkauf der Billette: 1) im Magazin G. Frick, vormals
E. Auffermann, Michael-Str. № 89, von 9—3 Uhr, und 2) in
der Konditorei Hühne, Golowin'scher Prosp. 8.Am Tage des Konzertes werden die Billette im Magazin
G. Frick von 6—9 Uhr abends verkauft werden

Doktor Hamm

ehml. Arzt am deutschen Krankenhaus in Tiflis
empfangt Kranke tgl. von 11—2 und 4—6.
Adresse: Тифл. Великокняжеская ул. 57 (ул. Меч-
никовск. ул.). Тел. 17-34. 10—6

Gesucht werden

Glastechniker
Glasbläser

Schlosser

Maschinisten und
Tischler.Angebote unter „Glasfabrik“ an die Re-
daktion. 2—1Ehemaligen Angehörigen der Deutschen Armee wird
von den Engländern

freier Transport nach Deutschland

zugesichert. Interessenten wollen sich am Dienstag
den 15. 4. zwischen 1—3 Uhr Geschäftsstelle der
„Kauk. Post.“ Michailowskaja 89, melden.Zu den bevorstehenden Osterfeiertagen em-
pfehlen die Weinhandlung

„NECKAR“

speziell guten Osterwein zu Engrospreisen.

Tiflis, Gogolewskaja № 28.

Einen echten, guten deutschen Tropfen
Naturwein kann man zu jeder Zeit in
der Weinhandlung

„Katharinenfeld“

bekommen.

Beutoffstrasse 13, Haus O. Larché. 10—10

Lenin's Friedensangebot:

Lenin soll durch den Sonderermächtigt-n der Ver-
bündeten in Moskau, Steffens, diesen den Frieden unter
folgenden Bedingungen angeboten haben: Sofortiger Waf-
fenstillstand u. das Recht zum Ankauf von Lebensmitteln fürdie notleidende Bevölkerung Rußlands in den Entente-län-
dern, wie überhaupt im Auslande; als Gegenleistung —
Beyahlung in Gold (!), Anerkennung der ausländischen An-
leihen, Begleichung der rückständigen Prozentzahlungen in
möglichst kurzer Zeit, Rückberufung aller ins Ausland ent-
sandten Propagandisten und Verzicht auf jegliche Art Ein-
mischung in die Angelegenheiten des Auslands.Die Anerkennung der bolschewistischen Regierung Ruß-
lands, die eigentlich nur noch eine rein sozialistische sei und
nicht die geringste Tendenz mehr zur Diktatur des Prole-
tariats habe (!), gilt Lenin natürlich als grundsätzliche Vor-
aussetzung des abzuschließenden Friedens.Die amerikanischen Bevollmächtigten auf der Frie-
denkonferenz tun ihr Möglichstes, um die Annahme der
Lenin'schen Bedingungen, desgleichen die der ähnlich lau-
tenden Bedingungen der ungarischen Räte-Regierung zu
erreichen, aber Frankreich soll sich hartnäckig gegen diese
Zunützung auflehnen, wodurch auch das Wilson'sche Ulti-
matum (Abreise nach 10 Tagen) verständlicher werde.Nähere Mitteilungen über diesen Vorschlag Lenin's
und sein Ergebnis sind abzuwarten.

Ru land.

Die Gründungsversammlung hat die Bildung von Un-
terkommissionen (durch jede der bestehenden Kommissionen)
zur Revision der Zentralbehörden beschlossen, namentlich der
Stats und der Tätigkeit derselben. — Der 2. Kongress der
professionellen Verbände Transkaukasiens ist am 11. 4. in
Tiflis eröffnet worden. Der Bakuer Kongress der professionellen
Verbände hatte wohl beschlossen, im ganzen Bestande an
dem Tifliser Kongress teilzunehmen, aber nur unter gewissen
Voraussetzungen, die von dem Vollgusskomitee und dem
Sekretariat des Rates der tifl. prof. Verbände für un-
annehmbar erklärt worden sind, weshalb denn auch die Ver-
einigung beider Kongresse bisher nicht erfolgt ist. Ubrigens
steht der endgültige Bescheid des Bakuer Kongresses noch
aus. — Die in den Ausstand getretenen Angestell-
ten der tifl. Stadtwverwaltung, soweit sie nicht
wieder in den früheren Dienst eingestellt worden sind, haben
diesen endgültig quittiert. Sie werden allmählich durch
neue Beante ersetzt, so u. a. auch der Ober-Arzt des Kran-
kenzugischen Krankenhauskomplexes Dr. Arutjunoff durch
Dr. Lortkipandze.

Ausland.

Die Nachrichten über den Verlauf der Beratungen
zur Friedenskonferenz widersprechen einander in
solchem Maße, daß man sich kein richtiges Bild von dem
gegenwärtigen Stande der Dinge machen kann. Es heißt,
die Meinungsverschiedenheiten seien so groß, daß die Ver-
handlungen höchstwahrscheinlich werden abgebrochen werden,
wobei in den nächsten Tagen amtliche Kundgebungen der
Ententemächte zu erwarten seien, in denen die einen die
Schuld an dem Mißlingen der Friedenskonferenz auf die
anderen, und umgekehrt, abzuwälzen beabsichtigen werden.
Nach anderer Meldung soll der Friede bereits so gut wie
abgeschlossen sein. Wilson's Verbänden soll sich gebessert ha-
ben, aber mit der baldigen Abreise scheint er trotzdem weiter zu
zögen, woraus zu schließen ist, daß die Meldung von dem
Scheitern der Friedenskonferenz mehr Berechtigung für sich
hat als die von dem unmittelbar bevorstehenden Friedens-
abschluß. — In Deutschland gehen die politischen
Bogen noch immer sehr hoch. Die franz. Presse („Temps“
u. a.) erwirgen infolge dessen sogar die Möglichkeit eines
Gegen-Völkerbundes, den Deutschland, Rußland, Ungarn
und die übrigen bolschewistischen Staaten wider den Wil-
son'schen Völkerbund abschließen könnten und dessen Be-deutung für Europa nicht zu unterschätzen wäre. Diese Be-
fürchtung hat viel für sich, falls Lenin's Friedensangebot
abgelehnt würde.

Die politischen Grundlagen der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Von Professor A. Bauer in Nagold.

(Fortsetzung.)

c) Die Parteien. Der schon genannte amerika-
nische Staatsrechtslehrer Cloane, der 1912/13 an den
Universitäten Berlin und München als Austauschprofessor
tätig war, betitelt seine Darstellung der staatlichen Ver-
hältnisse Amerikas in sehr bezeichnender Weise als „Die
Parteiübersicht in den Vereinigten Staaten“. Er hat
völlig recht, denn es gibt kein Land, in welchem die Par-
teiorganisation das gesamte öffentliche Leben, nicht bloß
das politische, so sehr beherrscht wie in den Vereinigten
Staaten. Neben den zwei mächtigen Parteien der Demo-
kraten und Republikaner hat keine andere
Partei auskommen können. Bezeichnend für das Zwei-
parteiensystem ist, daß die grundsätzlichen Unter-
schiede sich im Laufe der Zeit so sehr verwischt
haben, daß heute der einzige Unterschied eigentlich nur
noch darin besteht, daß die eine Partei die Macht besitzt,
während die andere sie daraus zu verdrängen sucht. Es ist
wahrscheinlich, daß der englische Minister Balfour recht hat,
wenn er die Behauptung aufstellt, das Zwei-
parteiensystem sei nur dann möglich, wenn zwischen den Parteien keine
tiefergehenden, grundsätzlichen Unterschiede vorhanden seien.
Sicherlich wäre im anderen Fall ein Übergang der Macht
von einer Partei auf die andere nicht möglich, ohne daß
der Staat in seinen Grundfesten erschütterter würde.Was das englische Zwei-
parteiensystem scharf unter-
scheidet von dem amerikanischen, ist die Verwendung des
letzteren mit dem Anterwerbungs-system,
dem sogenannten Spoiling-System, das auf der Auffassung
beruht, daß die Ämter die Beute der regierenden Partei
seien und von dieser an ihre Anhänger für die der Partei
geleisteten Dienste vergeben werden. Dieses System führte
naturgemäß zu großen Mißständen: einmal zur Übertra-
gung von Ämtern und Richterstellen an Männer ohne ge-
nügende Sachkenntnis und von recht zweifelhaftem Cha-
rakter. Die besten Juristen des Landes geben sich nicht
zur Annahme von Richterstellen her wegen der Volkswahl,
der kurzen Amtsdauer und der niedrigen Gehälter. Der
zweite, nicht minder einschneidende Mißstand ist die Ab-
hängigkeit der Beamten und Richter von den einflussreichen
Partei-Führern und den Geldgebern der Partei, also Par-
teitilichkeit und Vorkesslichkeit. Das Zwildiengeies von
Jahre 1883 hat nur einem der Unfälle abgeholfen, dem
Mangel an Sachkenntnis, dadurch daß es für verschiedene
Zweige der Bundesverwaltung ein Examen vor einer be-
sonderen Prüfungskommission einführte, eine Reueung,
die dann auch wenigstens teilweise allmählich auf die Ämter
in den Einzelstaaten und den städtischen Verwaltungen
ausgedehnt wurde. Doch blieb der Grundlab des Partei-
systems, daß das Amt eine Belohnung für die der Partei
geleisteten Dienste ist, trotzdem weiter bestehen und damit
alle anderen erwähnten Mängel.Wir begreifen nach dem Gesagten, daß der Wahl-
kampf in den Vereinigten Staaten eine ganz andere
Bedeutung hat als bei uns. Es handelt sich hier nicht
bloß darum, eine größere oder kleinere Anzahl von Sitzen
im Parlament zu gewinnen, sondern um die Eroberung
der gesamten gefestigten und vollziehenden Gewalt.
Deshalb ist die Partei in Amerika mit höchstem Raffine-
ment ausgestattet, unterhält ein wahres Heer von Berufs-
politikern, Beamten und Agenten, sowie einen ausgedehnten
Presseapparat und arbeitet mit allen Mitteln der Re-
klame, Täuschung und Bestechung. Daraus folgt, daß die
amerikanische Parteiwahl eine ungeheure Summe verschlingt,
soll doch allein eine einzige Präsidentschaft mehr kosten,
als alle städtischen Apanagen in ganz Deutschland zusam-
men ausmachen.

Der weitere Schluss, wer den letzten, entscheidenden Einfluss in der Karte, und zwar in jeder der beiden, ausübt, ergibt sich von selbst: es sind die großen Finanzmänner. Das Groskapital ist in der eigentlichen Herrscher in den Vereinigten Staaten, und die Armen und Kleinen sind in den vielgerühmten Lande der Freiheit nur Handelsgegenstände in den Händen der Reichen und Mächtigen. (Schluss folgt.)

Aus dem deutschen Leben.

Aus dem Leben der Tilsiter Ortsgruppe. (Eingelandt.)

Am 12., 15., 22. und 29. März fanden die ersten Sitzungen des neugewählten Vorstandes der Tilsiter Ortsgruppe statt. Nach Beledigung der üblichen Formalitäten (Wahl des Vorstands, Übernahme der Geschäftsführung vom früheren Vorlande) und einer Reihe kleinerer, laufender Organisations-Angelegenheiten, kamen auf die Tagesordnung die Fragen, die im Zusammenhang mit der bereits bekannten Eingabe des Herrn Nimmerle aus Katharinenfeld und mit dem Aufrufe des Zentral-Vorstandes („Kaufliche Post“ Nr. 16) wohl das Interesse der meisten, wenn nicht aller Ortsgruppen, auf sich gelenkt haben. Es sind das die Fragen bezüglich des weiteren Bestehens des Verbandes, sowie dessen Press-Organes — der „Kauflichen Post“.

Zu den erwähnten Fragen wurde von dem Vorlande wie folgt Stellung genommen:

1. Da die Fragen betreffs des Weiterbestehens der eben erwähnten Institutionen (des Verbandes und der „Kauf. Post“) in der Formulierung, wie dieselben im Aufrufe des Zentral-Vorstandes verfasst worden sind, vom prinzipiellen Standpunkte betrachtet, wohl kaum in ablehnendem Sinne gelöst werden konnten (ein gewisses Verständnis der breiteren Schichten unserer deutschen Mitbürger vorausgesetzt), so konnte zur Zeit nur von einer Reorganisation bzw. Beseitigung bestehender Mängel die Rede sein.

2. In dieser Hinsicht wäre jede begründete Einwendung bzw. jeder Vorschlag nur zu begrüssen.

3. Da das Tilsiter Ortskomitee seinerseits auf gewisse Mängel im Verbandsleben hinzuweisen hat, die durchaus beseitigt werden müssten, so wäre eine möglichst baldige Einberufung einer außerordentlichen Delegierten-Versammlung nötig, welche die betreffenden Angelegenheiten zu regeln hätte.

Um nach Möglichkeit jeweiligen Missverständnissen und Zufälligkeiten vorzubeugen, wäre folgendes durchaus zu beachten:

I. Bezüglich der einzuberufenden Delegierten-Versammlung:

1. Alle auf der Delegierten-Versammlung zur Besprechung gelangenden wichtigen Fragen müssen sämtlichen Ortsgruppen zeitig bekannt gemacht und von den letzteren behandelt werden.

2. Die Abgeordneten der Ortsgruppen sollen tatsächlich gewählt werden und von denselben bestimmte Richtlinien erhalten.

3. Die Beschlüsse bzw. Protokolle der Delegierten-Versammlung müssen den Ortsgruppen vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht werden.

II. Bezüglich der Wahlen in den Zentral-Vorstand (für den Fall, daß von der bevorstehenden Delegierten-Versammlung Neuwahlen vorgenommen werden sollten):

1. Jede Ortsgruppe bzw. mehrere Ortsgruppen zusammen (letzteres auf Grund besonderer, diesbezüglicher Vereinbarungen) stellen ihre Kandidaten-Listen für den zu wählenden Zentral-Vorstand auf.

2. Die Kandidaten brauchen (selbstverständlich) nicht unbedingt aus oder nur aus der Mitte der Mitglieder der betreffenden Ortsgruppe bzw. Ortsgruppen (im Falle einer oben erwähnten Vereinbarung) gewählt werden.

3. Ebenso wäre auch nicht die Beschränkung zu stellen, daß die Kandidaten für den Zentral-Vorstand durchaus aus der Zahl der zukünftigen Delegierten zu entnehmen sind.

4. Auf Grund dieser von sämtlichen Ortsgruppen festgestellten und der Delegierten-Versammlung durch die Abgeordneten vorgelegten Kandidaten-Listen wählt dann die Delegierten-Versammlung den Zentral-Vorstand.

Bezüglich der „Kauflichen Post“ indes der Vorstand, daß dieselbe den an sie, als das Verbandsorgan, zu stellenden Forderungen nicht entspricht.

Zunächst ist eine gründliche Reorganisation der Zeitung vorzunehmen, wobei besondere Aufmerksamkeit auf die Beseitigung, nach Möglichkeit, aller sich ergebenden Reorganisations in dem Weg stehenden Hindernisse zu richten ist. Der Vorstand der Tilsiter Ortsgruppe erachtet sich, ein Redaktions-Komitee zu bilden, das von der Delegierten-Versammlung bestätigt werden soll und die Redigierung des Blattes in die Hände nehmen wird.

Sprechsaal.*)

Was soll uns die „Kauf. Post“ bieten?

Wir Deutschen in Stadt und Land brauchen vor allen Dingen eine Zeitung, die in gutem Hochdeutsch erscheint. Diefem Verlangen trägt die „Kauf. Post“ in vollem Maße Rechnung. Und dafür sind wir ihr sehr dankbar. In schwäbischer Mundart geschrieben, wären die Aufsätze in der Zeitung natürlich dem Durchschnittsleser in unseren Kolonien leichter verständlich, aber da dieselben zugleich für die Städter bestimmt sind, die das Schwäbische meist nicht kennen, so wäre eine ausschließliche Anwendung des Dialekts nicht angebracht. Das heißt aber nicht, als solle man in der „Kauf. Post“ überhaupt nicht schwäbisch geschriebene Artikel veröffentlichen. Uns will es scheinen, daß Eigenberichte aus den Kolonien, die ja größtenteils nur für die Kolonien von Interesse sind, sehr wohl auch schwäbisch geschrieben werden könnten. Vielfach fänden sie dann auch bessere Aufnahme bei den betreffenden Lesern, weil sie ja leichter verstanden würden. Und gäbe es da nicht auch mehr Berichterstatter vom Lande? So mancher schreibe mangelhaft, wenn er es in der Sprache tun dürfte, die ihm geläufiger ist als das Hochdeutsch. Damit wäre auch der Redaktion geholfen, die, wie sie schon so oft festgestellt hat, von den Kolonien hinsichtlich der Berichterstattung mehr als Nichtstun behandelt wird. Den Herren Posträten und Lesern bliebe dennoch genug Spielraum übrig, um jene Berichte des gewöhnlichen Kolonisten durch ihre hochdeutlich geschriebenen Mitteilungen und Betrachtungen zu ergänzen. Wir erinnern uns dabei der „Hannoversche Briefe“ aus der ersten Zeit des Erscheinens der „Kauf. Post“, die nicht nur deshalb eine so große Anziehungskraft für den Mann im Dorfe hatten, weil sie launig gehalten waren, sondern namentlich auch deshalb, weil sie in feiner — schwäbischen — Mundart zu ihm wie nahe Verwandte redeten und ihn also anheimelten. Wir sagen das aber mit dem Vorbehalt, daß wir einer Wiederöffentlichung solcher Briefe durchaus das Wort reden wollen, da sie feinerzeit bei vielen, namentlich von intelligenteren städtischen Lesepublikum, wegen ihres oft recht derben Tonos Anstoß erregt haben. Das war nur zum Geringsten gesagt, um unsere Auffassung von der Bedeutung des Schwäbischen in den Spalten der einzigen deutschen Zeitung für Transkaukasien besser zu begründen.

Wir bleiben deshalb immerhin bei der Behauptung, daß die „Kauf. Post“ die für die Allgemeinheit bestimmten Aufsätze und Notizen einzig im Hochdeutschen zu bringen fortfahren müsse. Denn ohne Kenntnis des Hochdeutschen blieben uns ja die reizen Schätze der deutschen Literatur und erst recht die der deutschen Wissenschaft verschlossen. Sie ist der Schlüssel zu diesen Schatzkammern des deutschen Geistes, der dank unserer Blühhung auch unser aller Geist ist, und den in uns zu pflegen, die Selbsterhaltungstrieb, wenn auch sonst nichts anderes, antreibt. Für die Städter aber ist die Lektüre eines in gutem Hochdeutsch herausgegebenen Blattes schon deshalb von besonderem Nutzen, als sie in der fremdsprachigen Umgebung, wie z. B. in Tiflis, Gefahr laufen, ohne beständige Übung im Lesen hochdeutsch geschriebener Sachen, wie Bücher (die ihnen aber nicht immer in die Hände kommen) und dann der Zeitung (die man regelmäßig erhält), die Muttersprache zu verlieren oder doch soweit zu vergessen, daß sie ihnen nicht mehr geläufig ist. Und macht es auch manchen Kolonisten wie manchem Städter Mühe, sich im Hochdeutschen zurechtzufinden, besonders wenn die Saperidien von längerem Umfang sind, so tut es nichts, er lese die schwerverständliche Stelle dann ein zweites und wenn nötig ein drittes Mal, allmählich wird er sich schon hineinlesen und den Sinn des Geschriebenen begreifen. Wundtenswert bleibt es aber trotzdem, daß die Aufsätze in der „Kauf. Post“ möglichst einfach geschrieben würden, um die Geduld des ungeübten Lesers nicht auf eine allzu harte Probe zu stellen.

Soweit die Sprache. Was nun den Inhalt der „Kauf. Post“ anlangt, so wird niemand, der sie aufmerksam und sorgfältig liest, leugnen wollen, daß er nach Verhältnissen reichhaltig und vielgehalten ist. Wir allerdings nur den Geschmack des Durchschnittskolonisten als Maßstab für die Auswahl des Lesestoffes, denn die Zeitung bringen soll, gelten lassen will, den verdriest ja wohl mancher Artikel, der höhere Ansprüche an das Verständnis des Lesers stellt. Aber man vergesse doch nicht, daß außer dem gewöhnlichen Krause auch andere, entwickeltere, gebildete Leute die einzige deutsche Zeitung bei uns zu Lande, die „Kauf. Post“, lesen und daß man ihnen nicht nur das bieten darf,

was nicht über den gewöhnlichen Horizont des erlernten hervorragt. Das gilt nicht nur in Bezug auf die Materie, sondern zugleich hinsichtlich der sog. Darstellungsweise, zu der wir außer den Kolonisten und Lesern der „Kauf. Post“ recht bedeutende Zahl von Kolonisten rechnen, welche ihre Bildung nicht mit Beendigung der Volksschule abgeschlossen haben. Sie würden sich höchstens den Aufsätzen, in der „Kauf. Post“ nur so viel zu finden, als für ihre juristisch-gelehrten Mitbürger genügt. Wir glauben, daß auch letztere sich gekränkt fühlen würden, wollte man sie für unfähig halten, ihr Wissen durch das in der Zeitung dargebotene Material für weitere Leser erweitern zu können. Die deutschen Soldaten laien, als sie hier waren, alle die „Kauf. Post“, und wir haben von keinem Fall gehört, in dem einer derselben erklärt hätte, er verhehe nicht, was in der „K. P.“ geschrieben stehe. Was aber der deutsche Durchschnittskolonist selbst ohne Schwierigkeiten begreifen hat, das sollte der Durchschnittskolonist nicht auch bei einigen guten Willen begreifen können? Man mache den deutschen Kolonisten doch nicht dünner, als ihn lieb wäre! Und sollte auch der eine oder der andere Artikel in der „Kauf. Post“ nicht ohne weiteres verständlich sein, was tut es? Kommen da nicht die gebildeteren Personen im Dorfe, wie z. B. die Lehrer, die Leser der Zeitung von Fall zu Fall zu ungewolltem Besuche aufsuchen und ihnen dabei erklären, was in den unverständlichen Artikeln gesagt ist? Der Unterrichtsleiter im Deutschen Truppenkommando hat wie oft die Soldaten um sich versammelt und mit ihnen über die Mitteilungen und Berichte sowie Aufsätze in der „Kauf. Post“ des näheren geredet. Wie, wenn in der Kolonie sich auch der eine oder andere fände, der die Rolle jenes Unterrichtsleiters in seiner Mitte übernehmen würde, wäre da nicht von vornherein allem Gerüde von der „nicht zu verlassenden“ Zeitung, d. h. d. r. „Kauf. Post“, der Boden entzogen? Die Zeitung soll ja nicht nur Neugierigen bringen, wenigstens soll es nicht unsere einzige deutsche Zeitung tun, sondern als Bildungsmittel zur Aufklärung und Hebung des allgemeinen Kulturstandes im Dorf, und wohl auch in der Stadt, beitragen. Leben, beleben heißt aber nicht, dem Verstandes nicht mehr an geistiger Nahrung darbieten, als seinem augenblicklichen Seins- u. Bildungszustande entspricht. Beleben heißt weiter bilden. Wie sollte das aber geschehen, wenn man den Verstandes nicht veranlassen würde, sich dazu zu benehmen, das verstehen zu wollen was ihm bis dahin unbekannt war? Nein, man sage, was man wolle, unsere Kolonisten sind gewiß ebenso entwicklungsbedürftig und entwicklungsfähig wie andere Menschentinder. Nur sollte man da nicht die Zügel schloßen lassen, wo es erforderlich erscheint, sie fester anzuziehen. Aller Anfang ist schwer, doch ohne ihn kein Ende war!

Im einzelnen möchten wir, was den Inhalt der „Kauf. Post“ betrifft, noch bemerken, daß Aufsätze über politische Themata (einerlei ob bezüglich des Inlandes oder des Auslandes) in unserer Zeit, die aus lauter politischen Ereignissen von größter Wichtigkeit, von historischer Bedeutung besteht, auch unseren Kolonisten mehr denn je von Nutzen sind, zumal sie jetzt als freie Bürger in freien demokratischen Staaten nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben, sich am politischen Leben der Landes nach Kräften zu beteiligen. Wie aber sollten sie dieser Pflicht nachkommen, wenn sie nicht einmal die Grundbegriffe des modernen Staatswesens, geschweige denn die einzelnen Staatsformen und ihre Voraussetzungen, u. s. w. auch nur annähernd kennen? Wenn früher die einzige Aufzählung der politischen Geschehnisse der jüngst verfloffenen Zeit genügte, so genügt sie heute auch dem Durchschnittskolonisten nicht mehr. Man frage jeden beliebigen geistreichen Bauer über solche Dinge aus, und er wird die Antwort nicht schuldig bleiben. Deshalb sollte man der deutsche Kolonist, der als „Kulturträger“ ins Land gerufen wurde, hinter dem georgischen Bauer nachhinken? — Was den eigentlichen Unterhaltungsstoff angeht, so mag freie Auswahl mit Rücksicht getroffen werden, aber nur Erzählungen ausfinden wollen, mit Ausnahmungen wissenschaftlicher Abhandlungen, auch wenn sie allgemein fähig gehalten sind, wie sie die „Kauf. Post“ seit jeher gebracht hat und bringt, das hiesige, sich ein zu nahes Ziel setzen; das wäre nicht zu entschuldigen, weil für die Leser der „Kauf. Post“ in Stadt und Land gleichbedeutend mit der Ausstellung eines rechten Arztnutzengriffes.

Das wären unsere Ansichten über die Bedeutung der „Kauf. Post“ als Aufklärungsmittel und Bildungsmittel. Ihre Bedeutung als Verbandsorgan fällt mit dieser im großen ganzen zusammen. Die Besonderheiten des Organs als solchen sind von untergeordnetem Wert, da sie mehr zur Informierung in Verbandsangelegenheiten dienen, und gehen wir nicht näher auf sie ein.

Einer für mehrere.

Herausgeber: Der Z. B. des Verbandes der transk. Deutschen Verantwortlich für die Redaktion: Das Redaktionskomitee.

*) Abteilung für den freien Meinungsaustrausch.

Die Schriftleitung.